

No. 43344

**Latvia
and
Austria**

Agreement between the Government of the Republic of Latvia and the Austrian Federal Government concerning cooperation between police services. Riga, 20 January 2004

Entry into force: *1 April 2004, in accordance with article 12*

Authentic texts: *German and Latvian*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Latvia, 15 December 2006*

**Lettonie
et
Autriche**

Accord entre le Gouvernement de la République de Lettonie et le Gouvernement fédéral autrichien relatif à la coopération entre les services de police. Riga, 20 janvier 2004

Entrée en vigueur : *1er avril 2004, conformément à l'article 12*

Textes authentiques : *allemand et letton*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Lettonie, 15 décembre 2006*

[GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND]

**Abkommen
zwischen
der Regierung der Republik Lettland und
der Österreichischen Bundesregierung
betreffend
die polizeiliche Zusammenarbeit**

Die Regierung der Republik Lettland und die Österreichische Bundesregierung,

nachstehend als die Vertragsparteien bezeichnet,

getragen von dem Wunsch nach der Entwicklung und Festigung von freundschaftlichen Beziehungen und der gegenseitigen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten,

beunruhigt durch die Ausbreitung der organisierten Kriminalität und der illegalen Migration,

überzeugt von der wesentlichen Bedeutung der Zusammenarbeit bei der wirksamen Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität,

geleitet vom Prinzip der Gegenseitigkeit und des beiderseitigen Vorteils und

nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsordnung der beiden Staaten

haben folgendes vereinbart:

**Artikel 1
Bereiche und Ziel der Zusammenarbeit**

- (1) Die Vertragsparteien werden nach Maßgabe ihres jeweiligen nationalen Rechts durch ihre zuständigen Behörden bei der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie bei der Vorbeugung und Aufklärung von strafbaren Handlungen einschließlich organisierter Kriminalität zusammenarbeiten.

(2) Diese Zusammenarbeit erstreckt sich insbesondere auf folgende Bereiche:

1. Straftaten gegen Leben und Gesundheit (die körperliche Unversehrtheit) von Personen;
2. Terrorismus;
3. illegale Migration, Schlepperei und Menschenhandel;
4. die Herstellung und Verbreitung von kinderpornographischem Material;
5. die illegale Produktion, den illegalen Handel und den Schmuggel von Waffen, Munition und Sprengstoffen sowie von nuklearen und radioaktiven Substanzen;
6. den Diebstahl von Kunstgegenständen, Kraftfahrzeugen und sonstigen Gütern von erheblichen Wert und den illegalen Handel damit;
7. die Fälschung von Geld und anderen Zahlungsmitteln sowie von Wertpapieren und Dokumenten und deren Inverkehrbringung;
8. die Wirtschaftskriminalität und Geldwäsche;
9. die illegale Produktion, die Einfuhr, die Ausfuhr, den illegalen Transport von und den Verkehr mit Suchtgiften, psychotropen Stoffen und Vorläuferstoffen;
10. die Computerkriminalität.

Artikel 2 **Formen der Zusammenarbeit**

(1) Die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsparteien erfolgt nach Maßgabe ihres jeweiligen nationalen Rechtes und umfasst insbesondere

1. die gegenseitige Information über Umstände, deren Kenntnis zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie für die Vorbeugung und die Aufklärung von gerichtlich strafbaren Handlungen beitragen kann;
2. den Austausch von Erfahrungen über die Anwendung von Rechtsvorschriften, über die Kriminalitätsvorbeugung sowie über angewendete Methoden, Mittel und Techniken der Kriminalistik;
3. den Austausch von Erfahrungen in bestimmten Bereichen der Kriminalitätsbekämpfung und die Abhaltung von Expertentreffen;
4. die abgestimmte Durchführung von polizeilichen Maßnahmen der zuständigen Behörden der Vertragsparteien auf ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche

- Sicherheit und Ordnung sowie zur Vorbeugung und Aufklärung von gerichtlich strafbaren Handlungen einschließlich der Anwendung des Verfahrens der kontrollierten Lieferung;
5. die Gestattung der Anwesenheit von Bediensteten der zuständigen Behörden einer Vertragspartei bei offenen Befragungen und Observationen durch Bedienstete der anderen Vertragspartei;
 6. die Fahndung nach Personen und Sachen, die Personenfeststellung und die Identifizierung von unbekanntem Leichen;
- (2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien unterstützen einander auf Ersuchen.
- (3) Informationen nach Absatz 1 Ziffern 1, 2 und 3 teilt die zuständige Behörde jeder Vertragspartei nach Maßgabe ihres nationalen Rechts der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei auch ohne Ersuchen mit, wenn sie für die andere Vertragspartei für die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder die Vorbeugung und Aufklärung von Straftaten von Bedeutung sein können. Die Vertragsparteien unterstützen einander hiedurch insbesondere dann, wenn im Staatsgebiet einer Vertragspartei eine Straftat vorbereitet oder begangen wird und Anzeichen dafür bestehen, dass dies Auswirkungen auf dem Staatsgebiet der anderen Vertragspartei haben könnte.

Artikel 3 **Zuständige Behörden**

- (1) Die Vertragsparteien informieren einander über jene Behörden, die nach ihrem jeweiligen nationalen Recht für die Zusammenarbeit im Sinne dieses Abkommens zuständig sind. Sie teilen einander weiters eintretende Änderungen der Zuständigkeit oder der Bezeichnung dieser Behörden mit.
- (2) Der Informationsaustausch zwischen den Vertragsparteien im Rahmen der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation IKPO – Interpol kann durch direkte Kontakte zwischen den zuständigen Fachdienststellen ergänzt werden.
- (3) Die Durchführung der Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien kann auch über Verbindungsbeamte erfolgen. Der Verbindungsbeamte führt Informations- und Beratungstätigkeiten aus und verfügt über keine Exekutivbefugnisse. Die Aufgaben des

Verbindungsbeamten werden von den zuständigen Behörden nach Maßgabe des nationalen Rechts festgelegt.

Artikel 4 **Besondere Formen der Zusammenarbeit bei der** **Terrorismusbekämpfung**

Im Bereich der Zusammenarbeit nach Artikel 1 Absatz 2 Ziffer 2 werden die zuständigen Behörden der Vertragsparteien insbesondere Informationen und Ermittlungsergebnisse über geplante und getätigte terroristische Akte, über Handlungsmethoden der Täter und die verwendeten technischen Hilfsmittel, über terroristische Vereinigungen, die Straftaten gegen gewichtige Staatsinteressen einer der Vertragsparteien planen beziehungsweise begehen, austauschen.

Artikel 5 **Besondere Formen der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der** **illegalen Migration**

Im Bereich der Zusammenarbeit nach Artikel 1 Absatz 2 Ziffer 3 werden die zuständigen Behörden der Vertragsparteien einander insbesondere Informationen über Methoden und Wege der organisierten illegalen Migration und Informationen, die die Kontrolle der Echtheit von Reisedokumenten und Sichtvermerken ermöglichen, übermitteln sowie Musterexemplare von Reisedokumenten und Sichtvermerken austauschen.

Artikel 6 **Besondere Formen der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der** **Suchtmittelkriminalität**

Im Bereich der Zusammenarbeit nach Artikel 1 Absatz 2 Ziffer 9 werden die zuständigen Behörden der Vertragsparteien einander insbesondere Informationen übermitteln über Orte und Methoden der illegalen Produktion und Lagerung von Suchtgiften, psychotropen Stoffen und Vorläuferstoffen, über eingesetzte Transportmittel und Bestimmungsorte. Sie werden einander Probemuster von neuen Suchtgiften, psychotropen Stoffen und Vorläuferstoffen zur Verfügung stellen.

Artikel 7 **Schutz personenbezogener Daten**

Die wechselseitige Übermittlung personenbezogener Daten zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsparteien erfolgt unter Beachtung der von der übermittelnden Behörde erteilten Auflagen und folgender Grundsätze, welche gleichermaßen auf automationsunterstützt und nicht automationsunterstützt verarbeitete Daten Anwendung finden:

1. Die übermittelten Daten dürfen ohne Zustimmung der übermittelnden Behörden zu keinen anderen als den der Übermittlung zugrunde liegenden Zwecken verwendet werden;
2. Die übermittelten Daten sind zu löschen bzw. richtig zu stellen, sobald
 - a) sich die Unrichtigkeit der Daten ergibt, oder
 - b) die übermittelnde Behörde mitteilt, dass die Daten rechtswidrig ermittelt oder übermittelt worden sind, oder
 - c) die Daten nicht mehr zur Erfüllung der für die Übermittlung maßgeblichen behördlichen Aufgabe benötigt werden, es sei denn, dass eine ausdrückliche Ermächtigung besteht, die übermittelten Daten zu anderen Zwecken zu verwenden;
3. Auf Ersuchen der zuständigen übermittelnden Behörde erteilt die empfangende Behörde Auskunft über die Verwendung der empfangenen Daten;
4. Die zuständige übermittelnde Behörde stellt die Richtigkeit und Aktualität der übermittelten Daten sicher. Zeigt sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht hätten übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind oder dass rechtmäßig übermittelte Daten gemäß den Rechtsvorschriften des Staates der übermittelnden Behörde zu einem späteren Zeitpunkt zu löschen sind, so wird die empfangende Behörde darüber unverzüglich informiert, um ihrerseits die erforderliche Löschung oder Richtigstellung gemäß Ziffer 2 durchzuführen;
5. Hat die empfangende Behörde Grund zur Annahme, dass übermittelte Daten unrichtig sind oder zu löschen wären, so unterrichtet sie die übermittelnde Behörde unverzüglich hierüber;
6. Die empfangende Behörde ist verpflichtet, die erhaltenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderungen und unbefugte Bekanntgabe zu schützen;
7. Die übermittelnde und die empfangende Behörde sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von Daten aktenkundig zu machen oder zu protokollieren;

8. Die betroffenen Personen haben in Übereinstimmung mit den einschlägigen innerstaatlichen Rechtsvorschriften das Recht auf Auskunft über die im Rahmen dieses Abkommens übermittelten sie betreffenden Daten, sowie auf Richtigstellung beziehungsweise Löschung dieser Daten in Fällen gemäß Ziffer 2 oder auf die Überprüfung dieser Daten. Im Falle eines Ansuchens auf Geltendmachung dieses Rechtes gibt die Behörde, die über die Daten verfügt, der übermittelnden Behörde Gelegenheit zur Stellungnahme, bevor eine Entscheidung über das Ansuchen getroffen wird.

Artikel 8 **Konsultationen**

Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können bei Bedarf Konsultationen abhalten, um Maßnahmen der Durchführung dieses Abkommens zu erörtern.

Artikel 9 **Ausnahmeregelung**

Wenn eine der Vertragsparteien der Ansicht ist, dass die Erledigung eines Ersuchens oder eine andere Art der Zusammenarbeit geeignet sind, die Souveränität ihres Staates zu beeinträchtigen, seine Sicherheit oder andere wesentlichen Interessen zu gefährden oder gegen Grundsätze seiner Rechtsordnung zu verstoßen, so kann sie die Zusammenarbeit ganz oder teilweise ablehnen oder sie von der Erfüllung von bestimmten Bedingungen abhängig machen.

Artikel 10 **Verhältnis zu anderen Regelungen**

Die Bestimmungen dieses Abkommens berühren nicht die Verpflichtungen der Vertragsparteien, die sich aus anderen zweiseitigen und mehrseitigen internationalen Verträgen ergeben.

Artikel 11 **Auslegung des Abkommens**

- (1) Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung des vorliegenden Abkommens werden im Weg von direkten

Verhandlungen zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsparteien entschieden.

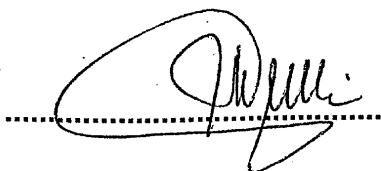
- (2) Sollte im Weg der Verhandlungen nach Absatz 1 eine Einigung nicht erzielt werden, wird die Angelegenheit auf diplomatischem Weg einer Entscheidung zugeführt.

Artikel 12 **In-Kraft-Treten und Kündigung**

- (1) Dieses Abkommen tritt mit dem ersten Tag des dritten Monates in Kraft, der auf den Monat seiner Unterzeichnung folgt.
- (2) Das vorliegende Abkommen wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Es bleibt in Kraft, solange es nicht von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Weg unter Einhaltung einer sechsmonatigen Frist gekündigt wird.
- (3) Mit dem In-Kraft-Treten dieses Abkommens wird die Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Inneres der Republik Lettland und dem Bundesminister für Inneres der Republik Österreich über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der internationalen organisierten Kriminalität, des internationalen illegalen Suchtgifthandels und des internationalen Terrorismus vom 16. Juli 1997 aufgehoben.

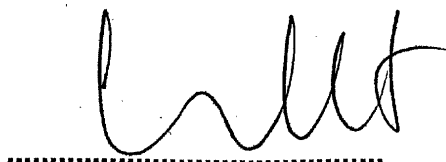
Geschehen in Riga, am 20. Januar, 2004 in zwei Urschriften jeweils in lettischer und deutscher Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

**Für die Regierung
der Republik Lettland:**



A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized initial 'J' followed by several loops and a long horizontal stroke at the bottom.

**Für die Österreichische
Bundesregierung:**



A handwritten signature in black ink, featuring a large, stylized initial 'B' followed by several loops and a long horizontal stroke at the bottom.

[LATVIAN TEXT – TEXTE LETTON]

**Latvijas Republikas valdības
un
Austrijas Federālās valdības
līgums
par policijas sadarbību**

Latvijas Republikas valdība un Austrijas Federālā valdība, turpmāk tekstā sauktas par Līgumslēdzējām Pusēm,

vēloties attīstīt un nostiprināt draudzīgās attiecības un savstarpējo sadarbību starp abām valstīm,

bažās par organizētās noziedzības un nelegālās migrācijas izplatīšanos,

būdamas pārliecinātas par sadarbības būtisko nozīmi noziedzības iedarbīgā novēršanā un apkarošanā,

vadoties no savstarpējas sadarbības un abpusēja izdevīguma principa un

saskaņā ar abu valstu attiecīgajiem normatīvajiem aktiem

ir vienojušās par sekojošo:

1.pants

Sadarbības jomas un mērķis

- (1) Līgumslēdzēju Pušu atbildīgās iestādes, atbilstoši attiecīgajiem nacionālajiem normatīvajiem aktiem, sadarbosies draudu novēršanā sabiedriskajai drošībai un kārtībai, kā arī sodāmu rīcību novēršanā un izmeklēšanā, ieskaitot organizēto noziedzību.
- (2) Šī sadarbība īpaši attiecas uz šādām jomām:
 1. noziedzīgi nodarījumi, kas apdraud personu dzīvību un veselību (miesas bojājumi);
 2. terorisms;

3. nelegālā migrācija, cilvēku kontrabanda un cilvēku tirdzniecība;
4. bērnu pornogrāfijas materiālu izgatavošana un izplatīšana;
5. ieroču, munīcijas un sprāgstvielu, kā arī kodolvielu un radioaktīvo vielu nelegāla ražošana, nelegāla tirdzniecība un kontrabanda;
6. mākslas priekšmetu, transportlīdzekļu un citu priekšmetu, ar ievērojamu vērtību, zādzība un to nelegāla tirdzniecība;
7. naudas un citu maksāšanas līdzekļu, kā arī vērtspapīru un dokumentu viltošana un to ieviešana apritē;
8. ekonomiskie noziedzīgie nodarījumi un nelikumīgi iegūtu naudas līdzekļu legalizācija;
9. narkotisko, psihotropo vielu un to izejvielu nelegāla izgatavošana, ieviešana, izvešana, nelegāls transports un tirdzniecība;
10. datornoziedzīgi.

2.pants

Sadarbības formas

- (1) Līgumslēdzēju Pušu atbildīgo iestāžu sadarbība notiek saskaņā ar spēkā esošajiem nacionālajiem normatīvajiem aktiem un īpaši ietver:
 1. informācijas apmaiņu par apstākļiem, kuru zināšana varētu veicināt draudu novēršanu sabiedriskajai drošībai un kārtībai, kā arī tiesiski sodāmu darbību novēršanu un izmeklēšanu;
 2. pieredzes apmaiņu par tiesību normu piemērošanu, noziedzības novēršanu, kā arī par pielietotajām kriminālistikas metodēm, līdzekļiem un tehnikām;
 3. pieredzes apmaiņu noteiktās noziedzības apkarošanas jomās un ekspertu tikšanās organizēšanu;
 4. Līgumslēdzēju Pušu atbildīgo iestāžu saskaņotu policijas pasākumu veikšanu attiecīgajā valsts teritorijā draudu novēršanai sabiedriskajai drošībai un kārtībai, kā arī tiesiski sodāmu darbību novēršanā un izmeklēšanā, ieskaitot kontrolētā transporta procedūras piemērošanu;
 5. vienas Līgumslēdzējas Puses atbildīgo iestāžu darbinieku klātbūtni atklātās aptaujās un novērošanā, ko veic otras Līgumslēdzējas Puses darbinieki;
 6. personu un lietu meklēšanu, personības noskaidrošanu un nenoskaidrotu liķu identifikāciju.
- (2) Līgumslēdzēju Pušu atbildīgās iestādes sniedz viena otrai palīdzību pēc pieprasījuma.

- (3) Pirmās daļas 1., 2. un 3.punktā minēto informāciju katras Līgumslēdzējas Puses atbildīgās iestādes, atbilstoši viņu nacionālajiem normatīvajiem aktiem, otras Līgumslēdzējas Puses atbildīgajām iestādēm sniedz arī bez pieprasījuma, ja otrai Līgumslēdzējai Pusei tā varētu būt nozīmīga draudu novēršanai sabiedriskajai drošībai un kārtībai, kā arī tiesiski sodāmu darbību novēršanā un izmeklēšanā. Līgumslēdzējas Puses īpaši atbalsta viena otru tajos gadījumos, kad vienas Līgumslēdzējas Puses valsts teritorijā tiek gatavots vai ir veikts noziedzīgs nodarījums un pastāv norādes, ka tam varētu būt sekas otras Līgumslēdzējas Puses valsts teritorijā.

3.pants

Atbildīgās iestādes

- (1) Līgumslēdzējas Puses informē viena otru par tām iestādēm, kas, atbilstoši viņu attiecīgajiem nacionālajiem normatīvajiem aktiem, ir atbildīgas par sadarbību šī Līguma ietvaros. Tās paziņo viena otrai turpmākās izmaiņas iestāžu atbildības jomā vai šo iestāžu nosaukumos.
- (2) Informācijas apmaiņa starp Līgumslēdzējām Pusēm Starptautiskās Kriminālpolicijas Organizācijas – Interpol – ietvaros var tikt papildināta ar tiešiem kontaktiem starp atbildīgajiem specializētajiem dienestiem.
- (3) Sadarbības īstenošana starp Līgumslēdzējām Pusēm var tikt veikta arī ar sakaru virsnieka palīdzību. Sakaru virsnieks veic informatīvas un konsultējošas darbības un viņam nav nekādu izpildvaras tiesību. Sakaru virsnieka uzdevumus nosaka atbildīgās iestādes atbilstoši nacionālajiem normatīvajiem aktiem.

4.pants

Īpašas sadarbības formas terorisma apkarošanā

1.panta otrās daļas otrā punkta noteiktajā sadarbības jomā Līgumslēdzēju Pušu atbildīgās iestādes galvenokārt apmainīsies ar informāciju un izmeklēšanas rezultātiem par plānotiem un īstenotiem terora aktiem, par noziedznieku darbības metodēm un izmantotiem tehniskiem līdzekļiem, par teroristiskām apvienībām, kuras plāno vai veic noziedzīgus nodarījumus pret kādas Līgumslēdzējas Puses būtiskām valsts interesēm.

5.pants

Īpašas sadarbības formas nelegālās migrācijas apkarošanā

1.panta otrās daļas trešā punkta noteiktajā sadarbības jomā Līgumslēdzēju Pušu atbildīgās iestādes galvenokārt apmainīsies ar informāciju par organizētās nelegālās migrācijas metodēm un ceļiem un sniegs informāciju, kas dod iespēju kontrolēt ceļošanas dokumentu un vīzu derīgumu, kā arī apmainīsies ar ceļošanas dokumentu un vīzu paraugsempļāriem.

6.pants

Īpašas sadarbības formas ar narkotiskajām vielām saistītās noziedzības apkarošanā

1.panta otrās daļas devītā punkta noteiktajā sadarbības jomā Līgumslēdzēju Pušu atbildīgās iestādes galvenokārt apmainīsies ar informāciju par narkotisko vielu, psihotropo vielu un to izejvielu nelegālas izgatavošanas un uzglabāšanas vietām un metodēm, par izmantotajiem transportēšanas līdzekļiem un piegādes gala punktiem. Tās nodos viena otras rīcībā narkotisko vielu, psihotropo vielu un to izejvielu paraugus.

7.pants

Personu datu aizsardzība

Savstarpēja apmaiņa ar personu datiem starp Līgumslēdzēju Pušu atbildīgajām iestādēm notiek, ievērojot datus sniedzošās iestādes nosacījumus un sekojošus pamatprincipus, kas vienādi piemērojami gan automatizēti, gan neautomatizēti apstrādātiem datiem:

1. Nodotie dati bez datus sniedzošās iestādes piekrišanas nedrīkst tikt izmantoti jebkādam citam mērķim, kā tikai tam, kuram tie tika nodoti;
2. Nodotie dati ir dzēšami vai labojami, tiklīdz:
 - a) radusies neprecizitāte datus vai
 - b) datus sniedzošā iestāde paziņo, ka dati tikuši sniegti vai nodoti tālāk prettiesiski, vai
 - c) dati vairs nav nepieciešami noteiktu dienesta uzdevumu pildīšanai, izņemot tos gadījumus, kad tiek dota īpaša pilnvara nodotos datus izmantot citiem mērķiem;
3. Pēc datus sniedzošās atbildīgās iestādes pieprasījuma, datus saņēmusī iestāde sniedz izziņu par saņemto datu izmantošanu;
4. Datus sniedzošā atbildīgā iestāde nodrošina nododamo datu pareizību un aktualitāti. Ja izrādās, ka ir tikuši nodoti nepareizi dati vai dati,

- kurus nedrīkstēja nodot, vai dati, kas nodoti atbilstoši datus sniedzošās iestādes valsts normatīvajiem aktiem, bet, kas vēlāk ir dzēšami, datus saņemusī iestāde par to tiek nekavējoši informēta, lai tā varētu veikt nepieciešamo datu dzēšanu vai labošanu saskaņā ar otro punktu;
5. Ja datus saņemošajai iestādei ir pamats pieņemumam, ka nodotie dati nav pareizi vai ir dzēšami, tā nekavējoši ziņo par to datus sniedzošajai iestādei;
 6. Datus saņemošajai iestādei ir pienākums sargāt saņemtos datus no nesankcionētas pieejas, nesankcionētām izmaiņām un nesankcionētas izpaušanas;
 7. Datus sniedzošai un datus saņemošai iestādei ir pienākums datu nodošanu un pieņemšanu reģistrēt lietvedībā vai protokolēt;
 8. Personām, uz kurām attiecas dati, saskaņā ar attiecīgajām valsts iekšējām tiesību normām, ir tiesības uz izziņām par šī Līguma ietvaros nodotajiem datiem, kas attiecas uz personu, kā arī uz šo datu labošanu vai dzēšanu otrajā apakšpunktā paredzētajos gadījumos vai uz šo datu pārbaudi. Gadījumā, ja tiek pieprasīta šo tiesību īstenošana, iestāde, kuras rīcībā dati ir nodoti, dod iespēju datus sniegušajai iestādei izteikt savu viedokli, pirms tiek pieņemts lēmums attiecībā uz pieprasījumu.

8.pants Konsultācijas

Līgumslēdzēju Pušu atbildīgās iestādes vajadzības gadījumā var sniegt konsultācijas, lai apspriestu šī Līguma īstenošanas pasākumus.

9.pants Izņēmumu regulēšana

Ja viena no Līgumslēdzējām Pusēm uzskata, ka pieprasījuma apmierināšana vai kāds cits sadarbības veids ir vērsts uz to, lai ietekmētu tās valstisko suverenitāti, apdraud tās drošību vai citas būtiskas intereses vai pārkāpj tās tiesiskās kārtības pamatprincipus, tā var pilnīgi vai daļēji atteikties no sadarbības vai izveidot sadarbības īstenošanu atkarīgu no zināmiem nosacījumiem.

10.pants Attiecības pret citām saistībām

Šī Līguma nosacījumi neskar Līgumslēdzēju Pušu pienākumus, ko nosaka divpusēji vai daudzpusēji starptautiski līgumi.

11.pants
Līguma skaidrošana

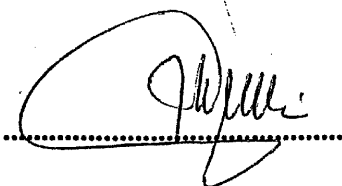
- (1) Domstarpības par šī Līguma skaidrošanu vai piemērošanu jāizšķir Līgumslēdzēju Pušu atbildīgo iestāžu tiešās sarunās.
- (2) Ja sarunu ceļā, atbilstoši pirmajai daļai, nav panākta vienošanās, jautājums par lēmuma pieņemšanu izšķirams diplomātiskā ceļā.

12.pants
Līguma stāšanās spēkā un denonsēšana

- (1) Šis Līgums stājas spēkā ar trešā mēneša pirmo datumu pēc tā parakstīšanas brīža.
- (2) Šis Līgums tiek noslēgts uz nenoteiktu laiku. Tas paliek spēkā, kamēr viena vai abas Līgumslēdzējas Puses to denonsē rakstiski diplomātiskā ceļā, ievērojot sešu mēnešu iepriekšēja brīdinājuma termiņu.
- (3) Ar šī Līguma spēkā stāšanos tiek atcelta 1997.gada 16.jūlija Latvijas Republikas Iekšlietu ministrijas un Austrijas Republikas Federālās Iekšlietu ministrijas Vienošanās par sadarbību starptautiskās organizētās noziedzības, starptautiskās nelegālās narkotiku tirdzniecības un starptautiskā terorisma apkarošanā.

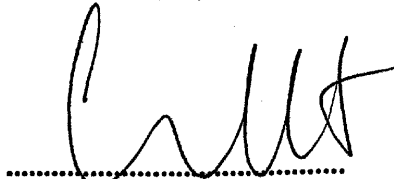
Parakstīts Rīgā, 2004.gada 20.janvārī divos eksemplāros, latviešu un vācu valodās, kur abi teksti ir vienādi autentiski:

Latvijas Republikas
valdības vārdā:



A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized initial 'J' followed by several loops and a long horizontal stroke at the bottom.

Austrijas Federālās
valdības vārdā:



A handwritten signature in black ink, featuring a large, bold initial 'C' followed by several loops and a long horizontal stroke at the bottom.

[TRANSLATION – TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF
LATVIA AND THE AUSTRIAN FEDERAL GOVERNMENT CONCERN-
ING COOPERATION BETWEEN POLICE SERVICES

The Government of the Republic of Latvia and the Austrian Federal Government,
hereinafter the Contracting Parties,

Desiring to develop and establish friendly relations and to achieve mutual coopera-
tion between the two States,

Troubled by the spread of organized crime and illegal immigration,

Convinced of the essential importance of cooperation in effectively preventing and
combating crime,

Guided by the principle of reciprocity and mutual advantage, and in accordance with
the respective domestic legal systems of the two States,

Have agreed to the following:

Article 1. Areas and Goal of the Cooperation

(1) The Contracting Parties, in accordance with their specific domestic law shall co-
operate through their competent authorities in countering the dangers to public safety and
order as well as in preventing and detecting punishable actions.

(2) This cooperation shall extend specifically to the following areas:

1. Criminal acts against life and health (physical integrity) of persons;
2. Terrorism;
3. Illegal immigration, including people smuggling and trade in human beings;
4. The manufacture and distribution of child pornography;
5. The illegal production, trade, and smuggling of arms, ammunition, and explosives,
as well as of nuclear and radioactive substances;
6. The theft of art objects, motor vehicles and other goods of significant value, and
the illegal trade therewith;
7. The counterfeiting of money and other instruments of payment as well as securi-
ties and documents, and the trafficking in them;
8. White-collar crime and money laundering;
9. The illegal production, importing, exporting, transporting, and trafficking in nar-
cotic drugs, psychotropic substances and precursors;
10. Computer crime.

Article 2. Forms of Cooperation

(1) The cooperation between the competent authorities of the Contracting Parties shall take place in accordance with their respective domestic law and shall include specifically:

1. Mutually providing information regarding circumstances knowledge of which can contribute to countering the dangers to public safety and order as well as to preventing and detecting punishable acts;

2. The exchange of experiences regarding the application of legal norms, the prevention of crime, as well as the criminological methods, means, and techniques used;

3. The exchange of experiences in specific areas of crime fighting and the convening of expert meetings;

4. The coordinated implementation of police measures of the competent authorities of the Contracting Parties on their respective national territories for countering the dangers to public safety and order as well as for preventing and detecting legally punishable acts, including the application of the method of controlled extradition;

5. Making available officials of the competent authorities of one Contracting Party during the public inquiry and observation by officials of the other Contracting Party;

6. The search for persons and objects, and identification of persons, and the identification of remains.

(2) The competent authorities of the Contracting Parties shall support each other upon request.

(3) Information in accordance with subparagraphs 1, 2, and 3 of paragraph 1 shall be given by the competent authority of each Contracting Party in accordance with their domestic law to the competent authority of the other Contracting Party even without request, if the information may be important for the other Contracting Party for countering the dangers to public safety and order or the prevention and detection of criminal acts. The Contracting Parties shall support each other in this regard especially when a criminal act is prepared or committed in the national territory of one Contracting Party and indications exist that this could have consequences on the national territory of the other Contracting Party.

Article 3. Competent Authorities

(1) The Contracting Parties shall inform each other of the authorities that, in accordance with the respective domestic law, shall be competent for the cooperation in the meaning of this Agreement. Furthermore, they shall inform each other regarding impending changes in the competence or the designation of these authorities.

(2) The exchange of information between the Contracting Parties in the context of the International Criminal Police Organization ICPO – Interpol can be supplemented by direct contacts between the competent official agencies.

(3) The cooperation between the Contracting Parties can also be implemented by liaison officials. The liaison official shall carry out informational and consulting activities and shall not have any executive authority. The tasks of the liaison official shall be established by the competent authorities in accordance with the domestic law.

Article 4. Specific Forms of Cooperation in Combating Terrorism

In the area of cooperation in accordance with article 1, paragraph 2, subparagraph 2 the competent authorities of the Contracting Parties shall in particular exchange information and investigation results regarding planned and accomplished terrorist acts, methods of action of the perpetrators and the technical means employed, and terrorist groups which plan or carry out criminal acts against substantial national interests of one of the Contracting Parties.

Article 5. Specific Forms of Cooperation in Combating Illegal Immigration

In the area of cooperation in accordance with article 1, paragraph 2, subparagraph 3, the competent authorities of the Contracting Parties shall in particular provide each other with information regarding methods and means of organized illegal immigration and information that makes it possible to determine the genuineness of travel documents and visas, as well as exchange specimen copies of travel documents and visas.

Article 6. Specific Forms of Cooperation in Combating Narcotics Crime

In the area of cooperation in accordance with article 1, paragraph 2, subparagraph 9, the competent authorities of the Contracting Parties shall in particular provide each other with information regarding places and methods of illegal production and storage of narcotic drugs, psychotropic substances and precursors, and their destinations. They shall make available to each other samples of new narcotics, psychotropic substances and precursors.

Article 7. Protection of personal data

The reciprocal transmission of personal data between the competent authorities of the Contracting Parties shall be carried out taking into account the directions issued by the transmitting authority and the following principles, which are applied equally to data that are processed using automation and data that are processed not using automation:

1. The transmitted data, without the agreement of the transmitting authority, may not be used for any other purpose than that underlying the transmission;
2. The transmitted data must be deleted or corrected as soon as:
 - a) The incorrectness becomes evident, or
 - b) The transmitting authority makes it known that the data have been illegally gathered or transmitted, or
 - c) The data are no longer necessary for achieving the official objective underlying the transmission, unless an express authorization exists to use the transmitted data for other purposes.
3. Upon the request of the competent transmitting authority, the receiving authority shall provide information regarding the use of the received data;
4. The competent transmitting authority shall give assurance for the correctness and timeliness of the transmitted data. If it becomes evident that incorrect data or data that

should not have been transmitted have been transmitted, or that transmitted data, in accordance with the legal provisions of the State of the transmitting authority must by law be deleted at a later point in time, then the receiving authority shall be informed thereof without delay so as to carry out the required deletion or correction in accordance with subparagraph 2;

5. If the receiving authority has reason to assume that transmitted data are incorrect or should have been deleted, then it shall inform the transmitting authority of this without delay;

6. The receiving authority is obliged to effectively protect the received data from unauthorized access, unauthorized changes, and unauthorized dissemination;

7. The transmitting and the receiving authorities are obliged to make file copies of, or to record, the transmission and the reception of data; and

8. The persons in question, in accordance with the relevant domestic provisions of law, have the right to information regarding the relevant data transmitted in the context of this Agreement, as well as to the correction or deletion of this data in cases according to subparagraph 2, or to the inspection of this data. In the event of a request to make use of this right, the authority which has the data at its disposal shall give the transmitting authority the opportunity to express an opinion before a decision is rendered with respect to the request.

Article 8. Consultations

The competent authorities of the Contracting Parties, if necessary, shall hold consultations to discuss measures for implementing this Agreement.

Article 9. Regulation of exceptions

If one of the Contracting Parties is of the opinion that the processing of a request or another type of cooperation is capable of injuring the sovereignty of its State, putting at risk its security or other essential interests, or violating principles of its legal system, then it may refuse the cooperation entirely or partially, or may make it dependent on fulfilling specific conditions.

Article 10. Relation to Other Provisions

The provisions of this Agreement do not affect the obligations of the Contracting Parties which derive from other bilateral and multilateral agreements.

Article 11. Interpretation of the Agreement

(1) Differences of opinion regarding the interpretation or application of the present Agreement shall be resolved through direct negotiations between the competent authorities of the Contracting Parties.

(2) If, in the course of negotiations in accordance with paragraph 1, agreement should not be achieved, the matter will be resolved through diplomatic channels.

Article 12. Entry into Force and Denunciation

(1) This Agreement shall enter into force on the first day of the third month following the month of its signing.

(2) The present Agreement is agreed to for an unlimited time. It shall remain in force unless denounced by one of the Contracting Parties in writing through diplomatic channels, observing a six-month notice period.

(3) With the coming into force of this Agreement, the Agreement between the Federal Minister of the Republic of Austria and the Ministry of the Interior of the Republic of Latvia on cooperation for the control of international organized crime, the international illicit traffic in narcotic drugs, and international terrorism of 16 July 1997 is nullified.

DONE in Riga on 20 January 2004, in two original copies, each in the Latvian and German languages, both texts being equally authentic.

For the Government of the Republic of Latvia:

MĀRIS GULBIS

For the Austrian Federal Government:

ERNST STRASSER

[TRANSLATION – TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE LETTONIE ET LE GOUVERNEMENT FÉDÉRAL AUTRICHIEN RELATIF À LA COOPÉRATION ENTRE LES SERVICES DE POLICE

Le Gouvernement de la République de Lettonie et le Gouvernement fédéral autrichien, ci-après dénommés « les Parties contractantes »,

Désireux d'établir et d'approfondir des relations amicales et de réaliser une coopération entre les deux États,

Troublés par la propagation du crime organisé et de l'immigration illégale,

Convaincus qu'il est essentiel de coopérer pour prévenir et combattre de manière efficace le crime,

Guidés par le principe de réciprocité et des avantages mutuels et, conformément aux systèmes juridiques des deux États,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier. Domaines et but de la coopération

1. Les Parties contractantes, conformément à leurs législations nationales spécifiques, coopèrent par l'intermédiaire de leurs autorités compétentes pour contrer les dangers que courent l'ordre et la sécurité publics ainsi que pour prévenir et identifier les faits délictueux.

2. Ladite coopération portera spécifiquement sur les domaines suivants :

- 1) Actes criminels contre la vie et la santé (intégrité physique) des personnes ;
- 2) Terrorisme ;
- 3) Immigration illégale, y compris la contrebande et la traite des êtres humains ;
- 4) Fabrication et distribution de pornographie infantile ;
- 5) Production, commerce et contrebande illégaux d'armes, de munitions et d'explosifs, ainsi que de substances nucléaires et radioactives ;
- 6) Vol d'objets d'art, de véhicules à moteur et autres biens d'une valeur importante et commerce illégal de ces objets ;
- 7) Fabrication de fausse monnaie et autres instruments de paiement, ainsi que d'actions ou de documents et trafic dans ce domaine ;
- 8) Délits administratifs et blanchiment d'argent ;
- 9) Production, importation, exportation, transport et trafic illégaux de stupéfiants, substances psychotropes et de précurseurs ;
- 10) Délits informatiques.

Article 2. Formes de coopération

1. La coopération entre les autorités compétentes des Parties contractantes sera réalisée conformément à la législation nationale des pays et portera notamment sur les aspects suivants :

1) Échange d'informations concernant les circonstances dont la connaissance peut contribuer à contrer les dangers à la sécurité et à l'ordre publics ainsi qu'à prévenir et à détecter les actes punissables ;

2) Échange de résultats d'expérience concernant l'application des normes juridiques, la prévention de crimes ainsi que les méthodes, les moyens et les techniques utilisés dans le domaine criminel ;

3) Échange de renseignements dans des domaines spécifiques de la lutte contre le crime et organisation de réunions d'experts ;

4) Application coordonnée des mesures policières prises par les autorités compétentes des Parties contractantes sur leurs territoires respectifs pour contrer les dangers à la sécurité et à l'ordre publics, ainsi que pour prévenir et détecter les actes légalement punissables, y compris en recourant à l'application de la méthode de l'extradition contrôlée ;

5) Détachement de fonctionnaires des autorités compétentes d'une Partie contractante pendant une enquête publique et observation par les fonctionnaires de l'autre Partie contractante ;

6) Recherche de personnes et d'objets, identification des personnes et identification des restes.

2. Les autorités compétentes des Parties contractantes s'entraident sur demande.

3. Les informations, mentionnées aux alinéas 1, 2 et 3 du paragraphe 1, sont fournies par l'autorité compétente de chaque Partie contractante, conformément à leur législation nationale, à l'autorité compétente de l'autre, même sans demande, si les renseignements sont utiles à l'autre Partie contractante pour lutter contre les dangers courus par la sécurité et l'ordre publics ou pour contribuer à la prévention et à la détection des actes criminels. Les Parties contractantes s'entraident à cet égard spécialement quand un acte criminel est préparé ou commis sur le territoire national d'une Partie contractante et que des indications permettent de penser que ledit acte pourrait avoir des conséquences sur le territoire national de l'autre.

Article 3. Autorités compétentes

1. Les Parties contractantes se communiquent le nom de l'organisme qui, conformément à leurs législations nationales respectives, a compétence pour mener la coopération au sens du présent Accord. En outre, elles s'informent l'une l'autre des modifications imminentes dans la compétence ou la désignation des autorités.

2. Les échanges de renseignements entre les Parties contractantes dans le contexte de l'Organisation internationale de police criminelle ICPO-Interpol peuvent être complétés par des contacts directs entre les organismes officiels compétents.

3. La coopération entre les Parties contractantes peut également être mise en œuvre par des fonctionnaires de liaison. Ces derniers sont chargés d'activités dans le domaine

de l'information et des conseils et n'ont aucune autorité pour appliquer des mesures policières. Les attributions du fonctionnaire de liaison sont définies par les autorités compétentes en conformité avec la législation nationale.

Article 4. Formes spécifiques de coopération dans la lutte contre le terrorisme

Dans le domaine de la coopération, conformément à l'alinéa 2 du paragraphe 2 de l'article premier, les autorités compétentes des Parties contractantes, en plus des autres formes de coopération, échangent des renseignements et des résultats d'enquête concernant les actes de terrorisme prévus ou déjà commis, les méthodes d'action des criminels et les moyens techniques utilisés, et les groupes terroristes qui préparent ou exécutent des actes criminels contre les intérêts nationaux d'une des Parties contractantes.

Article 5. Formes spécifiques de coopération pour combattre l'immigration illégale

Dans le domaine de la coopération, conformément à l'alinéa 3 du paragraphe 2 de l'article premier, les autorités compétentes des Parties contractantes échangent, en plus des autres formes de coopération, des renseignements concernant les méthodes et les moyens de l'immigration illégale et des renseignements qui permettent de déterminer l'authenticité des documents de voyage et visas, ou d'échanger des copies de ces documents de voyage et visas.

Article 6. Formes spécifiques de coopération dans la lutte contre l'abus des stupéfiants

Dans le domaine de la coopération, conformément à l'alinéa 9 du paragraphe 2 de l'article premier, les autorités compétentes des Parties contractantes échangent notamment des renseignements concernant les lieux et méthodes de production et de stockage illégaux de stupéfiants, substances psychotropes et de précurseurs, les méthodes utilisées pour le trafic illégal de ces stupéfiants, substances psychotropes et précurseurs, ainsi que leurs destinations. Elles se communiquent des échantillons de tous nouveaux stupéfiants, substances psychotropes et précurseurs.

Article 7. Protection des données personnelles

La transmission réciproque de ces données entre les autorités compétentes des Parties contractantes est entreprise compte tenu des directives publiées par l'autorité chargée de la transmission et des principes suivants, qui sont appliqués également aux données traitées informatiquement et à celles qui ne le sont pas :

1. Les données transmises sans l'accord de l'organisme compétent ne peuvent pas être utilisées pour une autre fin que celle justifiant la transmission ;
2. Les données transmises doivent être supprimées ou corrigées dès que :
 - a) Leurs lacunes deviennent évidentes ; ou
 - b) L'organisme de transmission fait savoir que les données ont été réunies ou transmises illégalement ; ou

c) Les données ne sont plus nécessaires pour atteindre l'objectif officiel justifiant la transmission, à moins qu'une autorisation spéciale existe afin d'utiliser ces données à d'autres fins.

3. Sur demande de l'organisme de transmission compétent, l'organisme récepteur fournit les renseignements concernant l'utilisation des données reçues ;

4. L'organisme de transmission compétent se porte garant de l'exactitude et de l'opportunité des données transmises. S'il devient évident que des données incorrectes, ou des données qui n'auraient pas dû l'être, ont été transmises ou que lesdites données, conformément aux dispositions légales de l'État de l'organisme transmetteur, aux termes de sa législation, doivent être supprimées par la suite à un moment donné, l'organisme récepteur est alors informé sans délai, de façon à ce qu'il puisse procéder à la suppression ou à la correction demandée, conformément au paragraphe 2 ;

5. Si l'organisme récepteur a des raisons de penser que les données transmises sont incorrectes ou auraient dû être supprimées, il doit alors informer l'autorité de transmission sans délai ;

6. L'organisme récepteur est obligé de protéger efficacement les données reçues contre un accès, des modifications ou une diffusion qui n'auraient pas été autorisés ;

7. Les organismes transmetteurs et récepteurs sont obligés de faire des copies de ces documents ou d'enregistrer la transmission et la réception des données ; et

8. Les intéressés, conformément aux dispositions pertinentes de la législation nationale, ont le droit d'être informés de la transmission des données pertinentes, dans le contexte du présent Accord, ainsi que des corrections ou suppressions de ces données dans les cas mentionnés à l'alinéa 2, ou de prendre connaissance desdites données. En cas de demande de faire valoir ce droit, l'organisme qui détient les données octroie à l'organisme de transmission l'opportunité d'exprimer un avis avant de rendre sa décision au sujet de cette demande.

Article 8. Consultations

Les autorités compétentes des Parties contractantes organisent, le cas échéant, des consultations pour examiner des mesures concernant la mise en œuvre du présent Accord et pour parvenir à une entente à ce sujet. Les autorités compétentes de chaque Partie contractante peuvent proposer, le cas échéant, l'organisation de consultations.

Article 9. Réglementation des exceptions

Si l'une des Parties contractantes estime que le traitement d'une demande ou un autre type de coopération est susceptible de porter atteinte à la souveraineté de son pays, ou même faire courir des risques à sa sécurité ou à ses autres intérêts essentiels, ou violer les principes de son système juridique, elle peut alors refuser la coopération totalement ou en partie, ou peut la soumettre à des conditions spécifiques.

Article 10. Rapport avec d'autres dispositions

Les dispositions du présent Accord n'affectent pas les obligations des Parties contractantes résultant d'autres accords bilatéraux et multilatéraux.

Article 11. Interprétation du présent Accord

1. Les divergences d'opinion concernant l'interprétation ou l'application du présent Accord sont résolues par des négociations directes entre les autorités compétentes des Parties contractantes.

2. Si, pendant les négociations conformément au paragraphe 1, un accord ne peut être réalisé, le problème est résolu par la voie diplomatique.

Article 12. Entrée en vigueur et dénonciation

1. Le présent Accord entre en vigueur le premier jour du troisième mois qui suit celui au cours duquel il a été signé.

2. Le présent Accord est conclu pour une durée illimitée. Il reste en vigueur à moins qu'il ne soit dénoncé par l'une des Parties contractantes par écrit et par la voie diplomatique, en observant un préavis de six mois.

3. Avec l'entrée en vigueur du présent Accord, l'Accord entre le Ministre fédéral de l'intérieur de la République d'Autriche et le Ministère de l'intérieur de la République de Lettonie relatif à la coopération pour le contrôle du crime organisé international, du trafic illicite international des stupéfiants et du terrorisme international du 16 juillet 1997 devient caduc.

FAIT à Riga le 20 janvier 2004, en deux exemplaires originaux, chacun en langues lettone et allemande, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République de Lettonie :

MĀRIS GULBIS

Pour le Gouvernement fédéral autrichien :

ERNST STRASSER